



Schwerwiegender Vorwurf an den Bottminger Gemeinderat: Er habe falsche Zahlen publiziert, um den Kauf eines Radargeräts zu legitimieren.

SYMBOLBILD/BZ-ARCHIV

Eklat im Blitzerstreit

Bottmingen Die Gemeinde schaffte eine Radaranlage an - laut Kritikern zu Unrecht

VON BENJAMIN WIELAND

Ist die Talholzstrasse in Bottmingen eine Raserstrecke? Geht es nach dem Gemeinderat, muss die Antwort Ja lauten - und darum brauche es dort auch eine fix installierte Radaranlage.

Anders sehen das FDP und SVP. Gemäss ihnen ist die Anlage unnötig. Eine stationäres Gerät koste zu viel und sei zudem weniger effektiv als mobile Messungen, argumentierten Vertreter der beiden Ortsparteien an der Dezember-Gemeindeversammlung. So sagte damals etwa FDP-Sprecher Beat Flury, eine fixe Anlage in einem Wohnquartier sei keine Garantie dafür, dass langsamer gefahren werde: «Im Gegenteil, es könnte dazu verleiten, Gas zu geben, wenn die Radaranlage passiert ist.» Paul Düring von der SVP warnte vor Ausweichverkehr in andere Quartiere. Die könnten dann ebenfalls Anspruch auf eine Anlage anmelden.

Die Gemeindekommission wiederum gab zu Bedenken, die Standorte der Kästen würde sich rasch herumsprechen. Die Wirkung der Blitzer lasse also nach.

Souverän wollte Radarkästen

Die Voten von Seiten SVP und FDP konnten die Stimmbürger im Dezember nicht überzeugen, ebenso wenig die Empfehlung der Gemeindekommission, die 110 000 Franken für die Beschaffung der

«Ich habe mit diversen Einwohnern gesprochen, die fanden, so gehe es nicht.»

Hanspeter Weibel
Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Anlage aus dem Budget 2017 zu tilgen. Ihren Streichungsantrag unterstützten «nur» 71 Versammlungsteilnehmer. Ihnen standen 92 Nein-Stimmende gegenüber.

Andere bleiben aufmüppig

Hartnäckig zeigt sich nun eine andere Kommission: die Geschäftsprüfungskommission (GPK). An der Gemeindeversammlung vom vergangenen Mittwochabend kam sie noch einmal auf das Geschäft zurück. In ihrem Bericht zum Geschäftsjahr 2016 wirft sie dem Gemeinderat vor, er habe die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Dezemberversammlung unvollständig informiert und Falschaussagen verbreitet (siehe bz von gestern). Die Stimmbürger hätten somit ihren Entscheid aufgrund von falschen Annahmen gefällt.

Die GPK rügt die Exekutive gleich mehrfach. Für Massnahmen in Tempo-30-Zonen seien «korrekte und nachvollziehbare Grundlagen zu erstellen». Da dies nicht geschehen sei, fordert sie den Gemeinderat dazu auf, «die Beschaffung einer fixen Radarmessanlage auf der Basis dieser Erkenntnisse zu überprüfen.»

Dass der Gemeinderat dies tun wird, ist unwahrscheinlich. Auf Anfrage der bz lässt er verlauten, es sei «keine Stellungnahme zum GPK-Bericht vorgesehen». Somit bleibt die Exekutive auch eine Antwort schuldig auf die happigen Vorwürfe, die im Bericht enthalten sind. Laut der Kommis-

sion hat der Gemeinderat selber Geschwindigkeitskontrollen in Auftrag gegeben. Anders als angegeben, hätten diese jedoch nicht Polizisten, sondern Gemeindeangestellte durchgeführt. Die Resultate seien nicht verwertbar, da man falsch und somit zu hohe Übertretungen gemessen habe.

«2016 wurden nochmals Verkehrsmessungen mit nun richtig positionierten Geräten durchgeführt», heisst es im Papier der GPK. Sie hätten korrekte, tiefere Werte ergeben. So sei auch kein weiterer Handlungsbedarf gegeben. Weil der Gemeinderat an der Dezemberversammlung die neuen, laut GPK korrekten Daten nicht erwähnte, sei der Souverän nicht umfassend informiert gewesen.

Auftrag ist bereits erteilt

Stimmbürger, die an der Dezemberversammlung zugegen waren, könnten nun bestrebt sein, beim Baselieter Regierungsrat eine Aufsichtsbeschwerde einzureichen. GPK-Präsident und SVP-Landrat Hanspeter Weibel sagt, der Bericht habe am Mittwoch Unmut ausgelöst: «Ich habe mit diversen Einwohnern gesprochen, die fanden, so gehe es nicht.»

Die Beschaffung des Blitzkastens wird aber kaum mehr zu verhindern sein - Anfang Juni teilte die Gemeinde mit: «Der Auftrag für Anschaffung und Installation der Radaranlage wurde erteilt und wird in den kommenden Wochen ausgeführt.»

Junger Parteipräsident Bálint Csontos wird neuer Grünen-Chef

Auch bei den Baselieter Grünen kündigt sich ein Generationenwechsel an: Auf die abtretende Parteipräsidentin Florence Brenzikofer (42) aus Oltingen dürfte am 15. August mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Bálint Csontos folgen.



Bálint Csontos.

Der Musikstudent ist vom Parteivorstand der Grünen am Dienstagabend einstimmig und als Einerkandidatur zuhanden der Mitgliederversammlung vom 15. August vorgeschlagen worden. Zwar könnte sich dann theoretisch noch ein Gegenkandidat melden und wählen lassen. Doch das wäre sehr ungewöhnlich. Csontos ist der Einzige, der sich parteiintern beworben hat.

Csontos ist zwar erst 21, hat aber als Gemeinderat von Ramlinsburg bereits Exekutiv-Erfahrung sammeln können. Zudem ist er Co-Präsident des Jungen Grünen Bündnisses Nordwest (JGB), der Jungpartei der Grünen beider Basel. Die abtretende Parteichefin Brenzikofer betont, dass die Zusammenarbeit mit dem JGB ein Erfolg gewesen sei. «Bálint Csontos hat neuen Schwung reingebracht», sagt sie. Csontos gilt als politisches Talent, das in Debatten eine erstaunliche Reife an den Tag legt. An einem Podium der Handelskammer beider Basel zur Unternehmenssteuerreform III Anfang Jahr brachte sich der junge Grüne auch vor Grössen wie Ständerätin Anita Fetz nicht zu verstecken. Mit der Wahl von Csontos würde eine zweite grössere politische Kraft im Kanton von einem Vertreter der ganz jungen Garde angeführt. Im April 2015 wählte die SP Baselland den damals ebenfalls 21-jährigen Adil Koller aus Münchenstein an die Parteispitze - zunächst als Co-Präsidenten, ein Jahr später als alleinigen Chef. (HAJ)

NACHRICHTEN

LIESTAL Töfffahrer nach Vollbremsung gestürzt

Bei einem Sturz auf der Arisdorferstrasse in Liestal hat sich ein Töfffahrer am Mittwoch Verletzungen zugezogen. Die Sanität brachte den 76-Jährigen ins Spital. Zum Unfall kam es, als eine unbekannte Fussgängerin um 16 Uhr bei einem Fussgängerstreifen unvermittelt die Strasse betrat, wie die Polizei mitteilte. Der Motorradfahrer musste eine Vollbremsung machen, wich nach rechts aus, kollidierte mit dem Trottoirrand und stürzte. Die Polizei sucht Zeugen. (SDA)

JUSO BASELSTADT «Kritisches Ja» zur Altersreform 2020

Als bisher einzige Kantonssektion beschliessen die Baselieter Juso die Ja-Parole zur Altersreform 2020, über welche die Schweiz im September abstimmt. Die nationale Partei hatte bereits die Nein-Parole herausgegeben. Weil das Ja bei den Baselieter Juso knapp ausfiel, verzichtet die Partei auf einen Beitritt zum regionalen Ja-Komitee. Die Reform gehe mit der Verschiebung von der zweiten in die erste Säule in die richtige Richtung, aber zu wenig weit, so Juso-Co-Chef Nils Jocher in einer Mitteilung. Allerdings sei die Erhöhung des Frauenrentenalters ein «ökonomischer und gleichstellungspolitischer Fehlschlag», heisst es weiter. (BZ)

RHEINFELDEN Junge Velodiebe aus Deutschland geschnappt

Deutsche Jugendliche haben wiederholt Velos aus dem Abstellraum einer Schulanlage in Rheinfelden gestohlen. Die Velos wurden in Deutschland verkauft. Bei einem weiteren Diebstahl hielt die Polizei drei Jugendliche an. Sie wurden inhaftiert. (SDA)

Gymnasium Laufen Bilinguale Matur existiert weiter

In einem gemeinsamen vierjährigen Pilotprojekt haben die Kantone Baselland und Jura einen neuartigen bilingualen Maturlehrgang erprobt. Aufgrund der positiven Erfahrungen und Evaluationsergebnisse haben der Baselieter Regierungsrat und das jurassische Parlament entschieden, den schweizweit einmaligen Lehrgang als definitives Bildungsangebot weiterzuführen. Beim Lehrgang absolvieren Gymnasiasten der beiden Sprachregionen ihren gymnasialen Bildungsweg in gemischtsprachigen Klassen. Diese werden ab dem neunten Schuljahr während je zwei Jahren zuerst am Gymnasium Laufen, und anschliessend am Lycée in Porrentruy unterrichtet. Das Angebot umfasst die beiden Schwerpunktfächer Biologie und Chemie sowie Wirtschaft und Recht. Aufgrund der steigenden Nachfrage soll der Bildungsgang künftig auch auf eine zweite Klasse pro Jahr erweitert werden können. Ein grundlegendes Element der bilingualen Matur ist das sogenannte Schüler-Tandem, bei dem ein deutsch- und ein französischsprachiger Schüler zusammenarbeiten. (BZ)

Schon wieder abgelehnt

Arlenheim Das Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) wurde nach nur sieben Monaten erneut zurückgewiesen.

VON THOMAS BRUNNSCHWEILER

Am Mittwochabend war es so heiss, dass man an die Teilnehmenden an der Arlesheimer Gemeindeversammlung Wasserflaschen verteilte. Die gefühlte Temperatur war durch die Hitzigkeit einer emotional geführten Debatte, bei der sich rund 20 Personen zu Wort meldeten, noch höher. Im Zentrum stand das überarbeitete Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB). Im letzten November wurde das Reglement, das auf Subjektfinanzierung und Wahlfreiheit der Eltern setzt, verworfen.

Gemeinderätin Ursula Laager führte aus, warum es ein Reglement brauche und wie man die erste Fassung verbessert habe. Der Gemeinderat habe die Kernanliegen der Institutionen und Parteien aufgenommen, die Tagesbetreuung in Schulpnähe gesichert, den El-

tern mehr Wahlfreiheit ermöglicht und die Subventionierung von auswärtigen Familien eliminiert. Zweck des Reglements sei die Regelung der finanziellen Unterstützung, das Ziel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Gegensatz zur bisherigen Objektfinanzierung ist im Reglement die Subjektfinanzierung vorgesehen. Dies bedeutet, dass alle Erziehungsberechtigten den gleichen einkommensabhängigen Betrag pro Betreuungsstunde erhalten und ein von der Gemeinde anerkanntes Betreuungsangebot selbst wählen können. Dieses Modell gilt vom Frühbereich bis und mit Primarschule und betrifft Kitas und Tagesfamilien.

Vielfältige Gegnerschaft

Die Vertreter von FDP, GLP, SP und Frischluft empfahlen die Annahme des neuen Reglements. Christina Hatebur von der CVP warnte davor, «Äpfel mit Birnen zu vergleichen», und empfahl in einem flammenden Appell, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Auch Peter Brodbeck von der SVP empfahl Rückweisung. Das Reglement sei unklar und die Rechtssicherheit fehle. Dass der «Sunnegarte» trotz-

dem noch objektfinanziert werde, gehe aus dem Reglement nicht hervor.

Die Diskussion war eröffnet und FDP-Frau Kathrin Meffert brachte einen Antrag ein, der verhindern sollte, dass man mit dem Reglement die Gesamtausgaben kürzt. Gemeindepräsident Markus Eigenmann verwies darauf, dass das Volk beim Budget stets die Möglichkeit habe, die Zuschüsse neu festzulegen.

Brigitte Treyer, Präsidentin der Stiftung Sunnegarte, legte ausführlich dar, dass das neue Reglement für ihre Institution eine «Black Box» sei und Qualität sowie Angebotsvielfalt darunter leiden würden. Die Subjektfinanzierung sei im Vergleich zu anderen Gemeinden des Birstals ein Alleingang. Der Fortbestand der Stiftung sei gefährdet, daher sei sie für Ablehnung des Reglements.

Nach zahlreichen weiteren Pro- und Contra-Stellungnahmen, die teilweise von der persönlichen Situation ausgingen, kam es zur Abstimmung. Das Reglement wurde von der Gemeindeversammlung mit 72 zu 66 Stimmen verworfen. Das Reglement über den Kulturfonds und die Rechnung 2016 wurden hingegen durchgewunken.